THE DAY AFTER

Georg Fülberth

In meinem Beitrag für die Kongreßzeitung habe ich geschrieben: "Einen dritten Griff Deutschlands nach der Weltmacht wird es nicht geben, denn er hat inzwischen bereits erfolgreich stattgefunden. Mit dem Kalten Krieg hat die BRD nicht den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewonnen, wohl aber den Ersten." Als Beleg für diese These ziehe ich das sogenannte Septemberprogramm des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg von 1914 heran, in dem die Ziele aufgeführt sind, welche durch die Kriegsniederlage 1918 verfehlt, schließlich aber - mit unwesentlichen Abstrichen - 1989 erreicht wurden.

Meine These enthält eine implizite Kritik an Positionen, wie sie in "Konkret" häufig von Hermann L. Gremliza vertreten werden. Er sieht, wenn ich ihn nicht mißverstehe, mit der Einheit Deutschlands die Gefahr einer Wiederholung des sogenannten "deutschen Sonderweges" einschließlich seiner schlimmsten Ausprägung, die dieser in den Jahren 1933-1945 erfahren hat. Wenn man das, was Gremliza zu diesem Thema seit November 1989 geschrieben hat, nicht nur als effektvolles Feuilleton, sondern als Versuch einer Analyse ernstnehmen will - und das will ich -, dann kann man ihn meiner Meinung nach nicht anders verstehen. Eine Variante dieser Ansicht enthält Heiner Möllers Aufsatz in der Kongreß-Zeitung. Die Frage, die dort in der Überschrift gestellt wird, lautet: "Gibt es eine 'Faschisierung'?", und sie wird in dem Artikel bejaht.

Hiermit bin ich nicht einverstanden. Eine Faschisierung zumindest in dem Sinne, daß sie zu einem neuen Faschismus an der Macht führt, ist deshalb unwahrscheinlich, weil die Ziele, deretwegen 1933 in Deutschland die NSDAP an die Macht gebracht wurde, inzwischen ohne Faschismus erreicht worden sind. Versteht man unter "Faschisierung" allerdings eine gesellschaftliche und politische Verschiebung hin zu mehr Rassismus, Nationalismus, praktizierter Volksgemeinschaftsideologie - diese Einzelheiten zählt Heiner Möller auf -, dann wird man dieser Auflistung angesichts unabweisbarer Tatsachen nicht widersprechen können. Allerdings wäre "Faschisierung" dann lediglich eine (meinetwegen sogar sehr einflußreiche oder gar hegemoniale) gesellschaftliche und politische Tendenz, nicht aber eine Form institutionalisierter Herrschaft wie in Deutschland 1933-1945, und das ist denn doch ein Unterschied ums Ganze.

Bis hierhin sehe ich noch keine Differenz zwischen Robert Kurz und mir. Er hat ja in der Kongreßzeitung einen Pappkameraden des ewiggestrigen Linksradikalen aufgebaut, den er nicht beim Namen nennt und dem er vorwirft, ein Viertes Reich herbeizufantasieren. Insofern er damit Gremliza, Möller und Wolfgang Pohrt meint, möchte ich ihm gern applaudieren. Das darf ich aber nicht, denn

ich gehe ganz gewiß nicht fehl in der Annahme, daß ich von ihm mitgemeint bin.

Unser Gegensatz betrifft kaum die Interpretation der Jahre 1914-1945. Kurz schreibt: "Das einheitliche und selbstbewußte imperialkapitalistische Handlungssubjekt war zwar schon immer ein Konstrukt, das aber als heuristisches durchgehen konnte, solange das primäre Bezugssystem kapitalistischer Entwicklung die im 19. Jahrhundert entstandenen Nationalökonomien waren." Für diese Nettigkeit will ich mich gerne meinerseits mit einem Zugeständnis revanchieren. Ich kann einräumen, daß Bethmann Hollwegs Septemberprogramm von 1914 vielleicht gar keine so große strategische Bedeutung hatte. Fritz Fischer, der die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkriegs nachzuweisen versuchte, sah das allerdings anders. Bei ihm war ein "Bündnis der Eliten" - bestehend aus dem ostelbischen Adel, dem großen Kapital, dem Militär und der politischen Führung - am Werk, formulierte imperialistische Interessen und bemühte sich in einer Kontinuität, die von Wilhelm dem Zweiten bis Hitler reichte, um dessen Durchsetzung. Das Septemberprogramm war sozusagen der Marschbefehl, der in den Tornistern bis 1945 durchgereicht wurde. Fischers konservative Kritiker - Gerhard Ritter, Karl Dietrich Erdmann, Andreas Hillgruber - wiesen dagegen auf die eher zufällige Entstehung dieses Dokuments hin. Selbstverständlich beharrten sie auf der These Lloyd Georges, alle Mächte, auch Deutschland, seien in den Krieg nur "hineingeschlittert". Da daraus aber eine große Anstrengung resultierte, sei der Kanzler gehalten gewesen, im nachhinein, also nach dem Beginn des Krieges, dem Ganzen durch die Aufstellung eines Kriegsziel-Katalogs noch eine Art Sinn zu geben. So sei das "September-Programm" entstanden. Zu seiner Verfertigung habe Bethmann Hollweg sich hastig und ziemlich wahllos aus der üppigen Denkschriftenliteratur, die sich in den Jahren und Jahrzehnten vor 1914 angesammelt hatte, bedient.

Diese fast schon kabarettreife Geschichte, so meine ich, müßte Robert Kurz eigentlich gefallen. Sie könnte ihm zeigen, daß das staatliche Subjekt schon 1914 nicht mehr richtig souverän war, sondern ziemlich besoffen und deshalb unzurechnungsfähig. Das könnte auch zu seinem Befund passen, daß die 1989 schließlich erfolgte Realisierung des Septemberprogramms sich - so stellt er es dar - als ein Fehlschlag erwiesen habe. Allerdings muß er dann doch einmal erklären, wie es kommt, daß die Politik eines Staates über mehrere Wechsel der Staatsformen hinweg immer wieder den Mustern dieses angeblichen Wahngebildes folgt. Wenn es denn stimmt, daß Bethmann Hollweg 1914 nur niederschreiben ließ, was ohnehin in der Luft lag, dann muß diese Luft doch ziemlich angereichert gewesen sein, und es fragt sich: von wem? Wer einerseits vom Bündnis der Eliten als handelnden Subjekt nichts hält, andererseits auch nicht abergläubisch genug ist, um das Walten eines Volksgeists anzunehmen, wird nicht darumherumkommen, das kollektive Subjekt zu bestimmen. Robert Kurz hat eines gefunden: das Kapital. Bis 1945 gesteht er immerhin zu, daß es verschiedenartige nationale Gestalten annehmen kann. Ich vermute, daß es seine Taten nur über massenhaftes Handeln verrichten konnte. Auf die Kombination von Kapital und Volksmassen werden wir unser Augenmerk richten müssen. Doch dazu später.

Danach beginnt unser Unterschied.

Für die Zeit nach 1945 ist nach Robert Kurz das nationale Subjekt aufgehoben. Dieser Behauptung kommt die Tatsache entgegen, daß Deutschland als völkerrechtliches Subjekt ja für mehr als vier Jahrzehnte suspendiert war. Auch die sozialliberalen Historiker - wie Fischr und Hans-Ulrich Wehler - sehen jetzt die imperialistische Kontinuität abgebrochen und durch etwas Neues ersetzt: die Demokratie der Bundesrepublik. Die Staatsideologie dieser BRD aber war nach wie vor auf Deutschlad als Ganzes ausgerichtet. Thomas Ebermann hat sich einmal erstaunt darüber geäußert, wie im nachhinein Pläne für eine Neuordnung des Balkan, welche z.B. der Graf Razumovsky in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland" propagierte und die dem aufgeklärten und entspannungsgewohnten Leser der siebziger Jahre wie die schrägsten Hirngespinste erschienen, im nachhinein sich als realistisch erwiesen. Wir müssen davon ausgehen, daß das "Bündnis der Eliten" inzwischen zwar umgruppiert war, aber weiterbestand: eine Kombination aus politischen, juristisch-administrativen, medialen und ökonomischen Führungsgruppen, zusammengehalten nicht durch irgendeine Verschwörung, sondern einerseits durch das System der parlamentarisch-demokratischen Legitimation, andererseits durch den Bezug auf Märkte, die nicht ausschließlich als Weltmarkt definierbar sind. Die Medien der Bundesrepublik zum Beispiel wurden nicht durch Murdoch und Maxwell dirigiert, und selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, dann hätten sie ihr Publikum in den deutschen Volksmassen suchen müssen. Diese Volksmassen geraten uns immer wieder in den Blick - eben nicht nur als Objekte der Manipulation, sondern auch als deren Voraussetzung. Der Markt, von dem sie abhängen, ist nicht ausschließlich der internationale Finanzmarkt, sondern auch ein Arbeitsmarkt, der - trotz der Arbeitsimmigration und trotz seiner seit den siebziger Jahren zunehmenden Abhängigkeiten von den Bewegungen der Renditen an den internationalen Geldplätzen - in höherem Maße national bestimmt ist als diese. Nehmen wir die Systeme der sozialen Sicherung hinzu, die bis heute nicht in erster Linie ein Produkt privater Risiko-Kalkulation, sondern noch weitgehend nationalstaatlich normiert sind, dann sehen wir diese Volksmassen und die herrschenden Eliten auch in den Jahrzehnten 1945-1989 noch in hohem Maße nationalstaatlich bestimmt. Das Kapital als Subjekt des Wiedervereinigungsprozesse - sozusagen als "Kapital an sich", welches es nicht gibt - war nicht alleinbestimmend. Es wirkte erstens über den Weltmarkt bei der Erosion des sozialistischen Gesamtsystems, in Ostdeutschland aber - zweitens - eher über sein Fehlen: die Begehrlichkeit der Landsleute nach ihm wird in dem Maße größer, in dem es zwar noch nicht vorhanden, aber durch den Wandel des internationalen Kräfteverhältnisses nähergerückt war, und das Vakuum, das nach 1945 entstanden war, wird vor 1989 vorsichtig, dann schlagartig geöffnet. Daß bei der daraus resultierenden deutschen Neuordnung dann doch wieder der - wenngleich territorial gestutzte - Nationalstaat von 1871 herauskam, läßt sich durch die Kapitalbewegungen allein nun wirklich nicht erklären. Hinzu kommt das nationale Bündnis der Eliten nicht nur untereinander, sondern auch mit den deutschen Volksmassen, genauer: mit deren entschlossener östlicher Minderheit bei wohlwollender Hinnahme dieses Prozesse durch die westliche Mehrheit.

So. Und nun lassen wir mal die Vergangenheit und erkundigen uns, was aus alledem für die Gegenwart und die Zukunft folgen könnte. Gerade falls ich damit recht hätte, daß ein "Griff nach der

Weltmacht", dessen Ziele 1914 formuliert wurden, 1989 gelang, daß er sich also nicht wiederholen wird, dann müssen wir uns fragen: was kommt danach? Das müßte ja, wenn die bisherigen Muster ausgedient haben, etwas Neues sein. Selbstverständlich kommt man zu derselben Frage erst recht, wenn man von den Prämissen von Robert Kurz ausgeht.

Die gleiche Frage wird von uns völlig entgegengesetzt beantwortet.

Robert Kurz behauptet, die "Repräsentanten des großen Kapitals" agierten als "global player" und ließen sich "nicht mehr in nationalpolitische Einflußstrategien einbinden". Er spricht von einem "Kontext des sich herausbildenden unmittelbaren Weltkapitals" und sieht "das totale Weltsystem als kapitalistisches". Jetzt trete "der eigentliche subjektlose Fetisch-Charakter des Gesamtkapitals hervor." Die Frage des Warenfetischs müsse "auf der Höhe des vollendeten Weltsystems praktisch operationalisiert werden". Der Befund lautet schließlich: "Das warenproduzierende Weltsystem selbst ist es, das mit seiner krisenhaften und katastrophischen Vollendung die Frage der Aufhebung von Ware-Geld-Beziehungen auf die Tagesordnung setzt." Alles, was ich hier vorgetragen habe, habe ich aus Robert Kurz' Artikel in der Kongreß-Zeitung zitiert, und alles dies halte ich für falsch. Es gibt keinen Kapitalismus-pur ohne politische Subjekte. Dies mag allenfalls ein Wunschtraum des Grafen Lambsdorff sein: Kapital ohne Staat. In der Produktionsweise, in welcher kapitalistische Produktionsweise herrscht, vulgo: im Kapitalismus, herrscht nicht das Kapital, sondern seine Existenz bildet die Voraussetzung, die Bedingungen und mithin auch die Grenzen von politischer Macht und Herrschaft, die aber einen relativ selbständigen Funktionsbereich - wohlgemerkt: immer zur Wahrnehmung kapitalistischer Interessen oder doch zumindest unter peinlicher Beachtung dessen, was kapitalistisch geht und was nicht geht - bilden. Diese politische Macht und Herrschaft sind lokal, regional, national und international gestaffelt. Solche Instanzen bilden Regulationsformen kapitalistischer Herrschaft. Robert Kurz beruft sich bei seiner Weltmodell-Vorstellung auf Immanuel Wallerstein, hätte aber hinzufügen und beachten sollen, daß bei Wallerstein die Entstehung des modernen Weltsystems mit der Entstehung der Nationen verbunden ist. Wer die Internationalisierung des Kapitals ausschließlich als globale Tatsache sieht, verwechselt Kapitalismus mit der Börse. Kapital ist aber auch im Arbeitsmarkt fixiert, und verschwindet es von dort - zum Beispiel durch einen Börsen-Schwenk -, dann bleiben dort noch die Menschen, die jetzt nicht mehr kapitalistisch angewandt werden. Oder es gibt in Regionen, in denen Kapitalmangel herrscht, Menschenmassen, die dorthin wandern, wo sie ihrer Meinung nach kapitalistisch vernutzt werden. Sie werden damit zugleich zur Verfügung von nationalstaatlicher Politik, zum Beispiel der Asylpolitik. Wer vom Weltmarkt redet, sollte auch dessen regionale Verfaßtheit zur Kenntnis nehmen, vor allem die Entstehung großer Freihandelszonen und Wirtschaftsblöcke - NAFTA, EG - und deren Beziehungen zueinander, die, wie die gegenwärtige GATT-Runde zeigt, konfliktreich sein können. Wir haben es also nicht nur mit einem abstrakten Global-Kapital zu tun, sondern auch mit kapitalistischen Blöcken. Das hat vier Konsequenzen:

Erstens: Die Stärke der kapitalistischen Blöcke kann zu Umgruppierungen führen, die neue Staaten entstehen und alte

entweder verschwinden lassen oder doch in ihrer inneren Struktur verändern. Der Austritt Litauens, Lettlands, Estlands aus der damaligen Sowjetunion, Sloweniens und Kroatiens aus Jugoslawien stellt den Versuch sich als künftige Gewinner verstehender (oder mißverstehender) Einheiten dar, privilegierte Beziehungen mit oder in der EG ohne den sogenannten Ballast der anderen Nationen aufzunehmen. Nach dem gleichen Kalkül versucht sich im EG-Land Italien der Norden vom Süden abzukoppeln, und derselben Logik folgte die Aufhebung der DDR, zeitweilig unter der Sachsenfahne. Hier ist tatsächlich die Internationalisierung des Kapitals im Spiel, zunächst aber eben nicht im globalen, sondern im europäischen Rahmen und mit nationalen Konsequenzen.

Zweitens: In den Blöcken gibt es Hegemonie. Diejenige der USA in der NAFTA kann ja wohl kaum bestritten werden, diejenige der BRD in der EG ist weniger deutlich, wird aber gerade von den politischen Klassen der anderen Staaten immer wieder sogar zu deren Selbstentlastung bemüht, was nicht nur Ideologie ist.

Drittens: Die Blöcke haben ein Hinterland: Staaten und Völker, die sich auf sie beziehen und in denen die regionalen Metropolen Hegemonie ausüben. Für Amerika gilt dies für den südlichen Teil des Kontinents, in Europa für dessen Osten und Teile Asiens.

Viertens: Es ist denkbar, daß sich zwischen den Zentren der Blöcke Kampfbeziehungen herausbilden, denkbar ist auch, daß die Zentren der Blöcke gemeinsam die Peripherien kontrollieren und daß sich in dieser gemeinsamen Kontrolle ihre Kampfbeziehungen gegeneinander fortsetzen. Der Golfkrieg war ein Beispiel.

Wir sehen also: Es reicht nicht aus, Kapitalbewegungen sozusagen "an sich" zu studieren, zugleich müssen die politischen Vermittlungsebenen untersucht werden. Zu den kapitalistischen Vergesellschaftungsformen gehören Staat und Nation. Supranationalität bedeutet nicht Aufhebung von Staatsfunktionen auf der bisherigen nationalen, kleinregionalen (in der Bundesregpublik: "landespoltischen") und kommunalen Ebene, sondern lediglich eine Aufstockung und Ausdifferenzierung nach oben ("Subsidiaritätsprinzi"). Es läßt sich auch beobachten, daß Staatlichkeit durch nichtstaatliche Vergesellschaftung ersetzt wird: Bildung und versuchte Revitalisierung von Gemeinschaften - "Vergemeinschaftung".

Da auf die Analyse spezifisch politischer und soziokultureller Vergesellschaftungen nicht verzichtet werden kann, wird auch der poltische Komplex "Deutschland" nicht außerhalb der Betrachtung bleiben können. Ich habe vorgeschlagen, die internationale Stellung Deutschlands mit dem Terminus "Informal Empire" zu bezeichnen. Es handelt sich um eine Analogie zur Geschichte der USA. Westeuropa besitzt die Macht, seine ökonomishen und politischen Interessen in Osteuropa geltend zu machen. Zusammen mit den USA ist es imstande, potentielle Gefahren für seine Vorrangstellung, die aus den in Unterentwicklung verbleibenden Regionen der Wet kommen, präventiv zu bekämpfen. Innerhalb der EG hat Deutschland eine vor allem ökonomisch begründete Hegemonie.

Der Hinweis auf die gegenwärtige Rezession und wahrscheinlich sogar sich strukturell verfestigenden Disparitäten in Deutschland und die Feststellung, dieser Staat habe sich ökonomische

Dauerprobleme aufgehalst, ist meiner Meinung nach kein Einwand. Die USA kennen diese Situation seit Jahrzehnten, ohne daß dies ihr Informal Empire beeinträchtigt. Mehr noch: die Bereitschaft zu außenpolitisher Intervention ist offensichtlich häufig eine abhängige Variable innenpolitischer Schwierigkeiten. Sie wird allerdings - seit jeher in den Vereinigten Staaten und neuerdings auch in der BRD - universalistisch-menschenrechtlich begründet: Imperialismus mit angeblich menschlichem Antlitz. Den Imperialismus-Begriff verwende ich hier vorbehaltlich, er muß tatsächlich in Auseinandersetzung mit und in Absetzung von früheren Imperialismus-Definitionen neu erarbeitet werden. Es dürfte aufgefallen sein, daß ich ihn in der Kongreßzeitung mithilfe des Machtbegriffs des deutschen Erz-Imperialisten Max Weber umschrieben habe - nicht etwa, weil ich dessen Position teile, sondern um in einer Art indirekter Rede die Leerstelle zu markieren, die eine neue marxistische Imperialismustheorie erst wieder füllen muß. Die innenpolitische Ablenkungs- und Entlastungsfunktion, häufig sogar mit sozialpsychologischem Charaker, legt es nahe, den in Großbritannien am Ende des 19. aufgekommenen, meines Wissens zuerst von Cecil Rhodes propagierten Begriff des "Sozialimperialismus" zu verwenden.

Die Tatsache, daß die alte Bundesrepublik nicht nur in der Ex-DDR, sondern auch in den anderen ehemaligen RGW-Staten nur sparsam investiert, widerlegt nicht die Feststellung, daß sie dort dominiert. Ihr Verhalten gegenüber Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik in der Asylfrage zeigt, daß sie diese in konkreten Fragen von sich abhängig zu machen vermag. Von einem Informal Empire kann man auch dann sprechen, wenn die unmittelbare ökonomische Ausbeutung keine zentrale Bedeutung hat. Es handelt sich gegenwärtig um eine Art potentiellen und noch eher passiven Imperialismus, sozusagen lediglich durch Anwendugn einer politischen Schwerkraft, nicht durch ständige Aktion.

Es sind in Vorbereitung dieses Kongresses verschiedenartige Interpretationen des sogenannten deutschen Problems vorgetragen worden. Sie haben auch höchst verschiedenartige Konsequenzen:

Wer ein Viertes Reich widerkommen sieht, wird leidenschaftliche Feuilletons schreiben oder Antifa-Ratschläge veranstalten.

Wer an dem kapitalistischen Universalismus eine menschenrechtliche Kraft zuschreibt, wird neue Formen des zeitweiligen Kolonialismus befürtworten.

Wer den Kapitalismus schon in der Selbstauflösung sieht, braucht eigentlich gar nichts mehr zu tun, sodaß ich mich wundere, weshalb Robert Kurz am Ende seines Buchs "Potemkins Rückkehr" plötzlich doch wieder praktisch wird und eine Art Naturaltausch zwischen den Ostdeutschen und den Osteuropäern vorschlägt, in den dann auch die Westdeutschen einzubeziehen seien.

Wer die Interpretation richtig findet, die ich hier vorgetragen habe, hat am wenigsten anzubieten. Er oder sie wird um die Mühe nicht herumkommen, das Imperialismus-Problem neu zu durchdenken. Dabei wird auch das Verhältnis der in verschiedene Machteliten sich gliedernden herrschenden Klasse zu den Volksmassen, die in Einzelfragen häufig rechts von ihr stehen, untersucht werden müssen. Zur ökonomischen, politischen, medialen und zur

juristisch-administrativen Elite ist längst eine naturwissenshaftich-technische hinzugetreten, die neben der ökonomischen wahrscheinlich den größten Internationalisierungsgrad aufweist. Der gegenwärtige Funktionsverlust der politischen Klasse kommt den Thesen von Robert Kurz entgegen. Sie ist ja tatsächlich weitgehend machtlos im Verhältnis zur Kapitalbewegung. Aber sie dankt eben nicht zugunsten des "unmittelbaren Weltkapitals" ab, sondern auch zugunsten der anderen Machteliten. Unklar ist noch, ob die Machteliten im Verhältnis zu den Volksmassen insgesamt wirklich eine herrschende, oder "nur" eine machtausübende Klasse sind, also ohne durchgehende Durchsetzungsgewalt. Gegenwärtig scheinen sie sich und andere darauf einstellen zum müssen, daß die Aufstiegsformel der individuellen Wohlfahrt für die nächste Generation nicht mehr gilt. Sie manipulieren nicht nur, sie reagieren auf für sie nicht voll beherrschte Antworten der Massen-Mentalität. Wer die Entwicklung der kürzlichen Asyl-Gesetzgebung untersucht, wird Schwierigkeiten bei der Feststellung haben, wer zuerst da war, das Ei ode die Henne.

Was am Ende solcher Analysen steht, weiß ich nicht. Falls Praxis möglich ist, wird eine neue Organisation in Bezug zu den Haar-Rissen, die in absehbarer Zeit im Massen-Konsens entstehen können, nötig sein, vielleicht aber werden wir feststellen müssen, daß die Rechten wieder einmal schneller waren. Ich denke nicht, daß bei dem analytischen Bemühen das Ergebnis herauskommt, man könne eh nichts machen. Die Praxis- und Nichtpraxis-Angebote, die gegenwärtig aus der bisherigen Linken kommen, erscheinen mir allerdings häufig als eine Art Maulheldentum, das keine läßliche Sünde ist, denn es lenkt von der unablässigen weitergehenden analytischen und auch praktisch-organisatorischen Aufgabe ab.

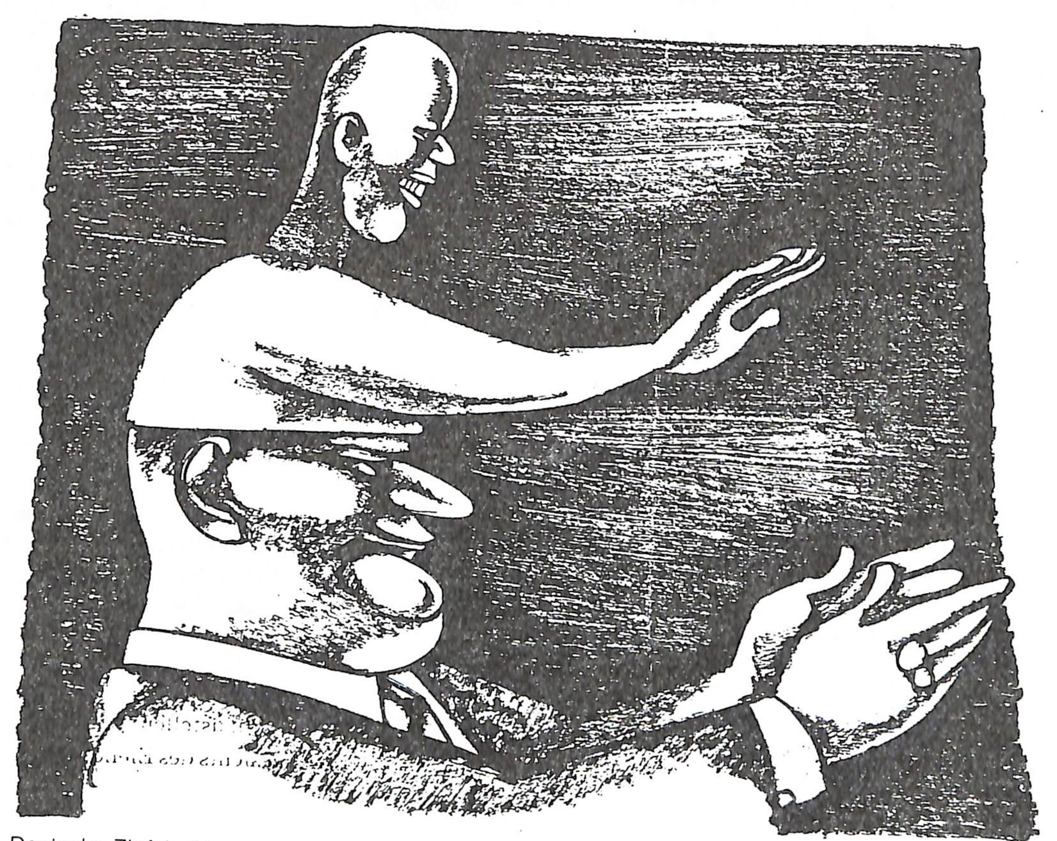
Die personalisierende-psychologisierende Sicht auf rassistische Phänomene und ihr Pferdefuß

Anpassung statt Selbstbestimmung?

Von UTE OSTERKAMP

In jüngster Zeit hat sich die Erkenntnis mehr und mehr durchgesetzt, daß die personalisierende-psychologisierende Sichtweise das Verständnis rassistischer Phänomene massiv behindert. Solche Personalisierungen bestehen etwa in der Tendenz, Rassismus an den extremen Äußerungsformen festzumachen und eine Trennlinie zwischen Rassisten und Nicht-Rassisten zu ziehen: Die einen verkörpern das Böse bzw. die „häßlichen Deutschen", die anderen hingegen die „besseren Deutschen". Die Möglichkeit, daß die „guten Deutschen" etwas mit dem Verhalten der „häßlichen Deutschen" zu tun haben könnten, bleibt in dieser Sicht ausgeschlossen.

Die Handlungsfähigkeit beschränkt sich demgemäß auf die moralische Verurteilung der Rassisten. Je größer der Kreis derer ist, die man verdammt, umso reiner erstrahlt die eigene antirassistische Haltung. Aber auch die scheinbar entgegengesetzte Haltung, nämlich die Aussage: „Wir sind alle Rassisten", ist nichts anderes als eine Spielart personalisierender Sichtweise, da sie von den unterschiedlichen Voraussetzungen und Formen rassistischen Verhaltens abstrahiert.



Deutsche Zipfelmütze

Karikatur: Harald Kretzschmar